Sozialfonds der LINKEN LISTE

Die LINKE LISTE hat einen Sozialfonds, in dem aus den Stadtratsbezügen eingezahlt wird. Dies ist einzigartig im Nürnberger Stadtrat. Seit die LINKE LISTE im Rathaus vertreten ist, konnte vielen Menschen in schwierigen Situationen geholfen werden. Die Politik der letzten 20 Jahre hat viele Menschen an die Grenze der Armut gebracht. Viele Anträge auf Schenkung oder Darlehen wurden bewilligt, wie z. B. bei Stromsperrungen, Zwangsumzügen, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Nazianschlägen. Hier aktuelle Beispiele:

Mit Miet- und Umzugshilfe in ein neues Leben
Familiäre und gesundheitliche Probleme führten Frau S. in eine persönliche Krise, darauf folgte eine Überschuldung. Durch professionelle Unterstützung einer Sozialeinrichtung bekam sie Ihr Leben wieder in Griff und eine neue Arbeitsstelle. Dafür stand aber ein Umzug in die Nähe des neuen Arbeitsplatzes an. Trotz vieler eigener Bemühungen bekam Frau S. nicht die nötigen Mittel zusammen. Hier half die LINKE LISTE mit der Übernahme der ersten Miete und den Kosten für den Umzugswagen in Höhe 530 Euro.

Mit Sozialfonds zum Schulden-Ratenplan
Herr Z. wurde durch verschiedene Ursachen völlig aus der Bahn geworfen. Die Rechnungen für Strom und Heizung konnte er nicht mehr begleichen und es häuften sich N-Ergie-Schulden an. Mit der Hilfe seiner Sozialarbeiterin gelang ihm der Schritt in ein neues Leben.
Um ihm aber einen drohenden Finanzkollaps durch die Einforderung seiner Schuld bei der N-Ergie über 3.600 Euro zu verhindern, konnte mit Hilfe der diakonischen Sozialeinrichtung eine Vereinbarung mit der N-Ergie erreicht werden.
Er bekommt einen annehmbaren Ratenplan, wenn er einen erheblichen Teil der Gesamt-Schuldensumme überweist.

Hier konnte die LINKE LISTE mit 600 Euro erheblich dazu beitragen.

Die LINKE LISTE setzt sich aktiv ein für die sozialen Interessen der Nürnberger Bevölkerung. Hier auf einer Demonstration „Die Vielen“ für Demokratie und gegen Rechtspopulismus.

Was ist die LINKE LISTE?

LINKE LISTE Nürnberg
Forsthofstraße 36
90461 Nürnberg
Telefon: 0911 13 09 51 67
buero@linke-liste-nuernberg.de
www.linke-liste-nürnberg.de

Spendenkonto
LINKE LISTE Nürnberg,
IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
BIC: SSKNDE77XXX
Stichwort: Spende

Die **LINKE LISTE** ist ein Bündnis aus verschiedenen politischen Organisationen und Einzelpersonen. Seit 2008 sind wir im Auftrag unserer WählerInnen im Stadtrat vertreten. Dort geben wir den Initiativen und Anliegen der BürgerInnen eine Stimme. Die **LINKE LISTE** kämpft dafür, dass das Gemeinwohl der Maßstab aller Entscheidungen ist. Wir setzen uns für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung ein. Im März 2020 stehen neue Kommunalwahlen an. Es liegt in Ihren Händen, die **LINKE LISTE** Nürnberg im Stadtrat zu stärken. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen und wählen Sie **LINKE LISTE.**

ViSdP: StR Marion Padua, Linke Liste, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg

LINKE LISTE Nürnberg

Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Ausgabe
Sommer 2019

Solidarität mit den Beschäftigten
Altersarmut wächst – auch in Nürnberg
Neue Schülerinnenbewegung: „Es gibt keinen Planeten B“
Rund ums Rathaus
Sozialfond der LINKEN LISTE

Solidarität mit den Beschäftigten

Die LINKE LISTE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten von Kaufhof, Karstadt, Marktkauf, der Druckerei PRINOVIS und alle anderen, die sich für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und einer Tarifbindung einsetzen. Im Einzelhandel sind vor allem Frauen von Stellenabbau und Niedriglohn betroffen. Ein Ausstieg aus den Tarifverträgen fördert prekäre Beschäftigung und zeugt von der Verantwortungslosigkeit vieler Konzernzentralen.

1. Beispiel Kaufhof-Karstadt-Fusion

Im September 2018 wurde angekündigt, dass Kaufhof und Karstadt fusionieren werden. Karstadt-Chef Fanderl hatte davor jahrelang bei Karstadt gekürzt, nun legt er den Rotstift bei Kaufhof an. Mit dem Ausstieg aus dem Tarifvertrag sollen die Löhne gedrückt werden. Fanderl kündigte einen Abbau von 2.600 Vollzeitarbeitsplätze bei Kaufhof an. Dies betrifft ungefähr 5.000 Beschäftigte in Teilzeit.

Bei Karstadt wurde bereits vor sechs Jahren die Tarifbindung gekündigt. Im Ergebnis verdient dort eine Verkäuferin gut elf Prozent weniger als in der Branche üblich. Dieser Kürzungswahn soll nun auch bei Kaufhof vollzogen werden.

Kampf um Arbeitsplätze und Tariflohn
Die angekündigte Vernichtung von tariflich entlohnten Arbeitsplätzen stößt bei den Beschäftigten auf erbitterten Widerstand. Mehrere hundert Beschäftigte streikten und demonstrierten gegen die angekündigten Pläne. Die Arbeitgeber erstritten für den 1.6. ein Warnstreikverbot vor Gericht. Die Kammer verwies zur Begründung auf die bestehende Friedenspflicht, die sich aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Haustarifvertrag ergibt – der aber soll ja gekündigt werden.
Die LINKE LISTE sieht dieses Urteil als massiven Eingriff in die Tarifautonomie und fordert das Gericht auf, sich rauszuhalten. Die Gewerkschaft ver.di hat weitere Kämpfe angekündigt. Allein in Nürnberg und Umgebung wollen 800 Beschäftigte im Groß- und Einzelhandel in den derzeitigen Tarifverhandlungen für mehr Lohn die Arbeit niederlegen. Besonderes Augenmerk legt ver.di diesmal auf Galeria Kaufhof und den Kosmetikhändler Douglas in der Innenstadt, die beide ohne Tarifbindung sind.

2. Beispiel Der Marktkauf am Plärrer ist seit Ende Mai dicht

Die kurzfristige Ankündigung der Besitzerin Edeka war ein schwerer Schlag für die 90 MitarbeiterInnen im Marktkauf am Plärrer. Die Beschäftigten bangten ebenso um ihren Arbeitsplatz wie nun ihre KollegInnen bei Kaufhof und Karstadt.

Die BürgerInnen sind ebenfalls davon betroffen, da Fusionierungen und Schließungen die Nahversorgung in den Wohngebieten verschlechtert. Auch aus ökologischen Gründen ist es wichtig, dass zu Fuß eingekauft werden kann. Mit riesigen Einkaufszentren am Stadtrand, die nur mit dem Auto erreicht werden, ist keinem geholfen.

WEITER AUF SEITE 2

DLL_Stadtratnews_190604_AK1.indd 1-2
05.06.19 21:08

Fortsetzung: Solidarität mit den Beschäftigten

3. Beispiel Druckerei Pronovis vor dem Aus

Zum 30. April 2021 sollen 920 Beschäftigte in der Tiefdruck-Druckerei in Langwasser ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn es nach der Konzern-Mutter Bertelsmann geht.. Der Betriebsrat stellte auf der Betriebsversammlung fest: „Wir arbeiten an modernsten Maschinen und sind bei den Stückkosten wettbewerbsfähig, die Entscheidung können wir nicht nachvollziehen.“ Betroffen wären meist MitarbeiterInnen, die seit Jahrzehnten dort beschäftigt sind, auch viele ältere.
„Wir brauchen eine kommunale Wirtschaftspolitik, in der es an erster Stelle um den Erhalt von tarifgebunden Arbeitsplätzen und eben nicht um Gewinnmaximierung geht“, so Stadträtin Marion Padua. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Deshalb benötigen wir eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Eine Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie es mit sozialer Gerechtigkeit hält.

Altersarmut wächst – auch in Nürnberg

Immer mehr Menschen sind arm, wenn sie in Rente gehen, obwohl sie gearbeitet haben. Dabei haben besonders Frauen und Witwen mit Altersarmut zu kämpfen, da sie schlechter abgesichert sind und weniger verdienen. Erziehungszeiten wirken sich ebenfalls negativ auf die Rente aus.

In Nürnberg gelten schon jetzt etwa 20 Prozent der Menschen ab 65 Jahren als armutsgefährdet (Amt für Statistik für Nürnberg und Fürth). Der Bezug von Grundsicherung im Alter steigt kontinuierlich auf ca. 10.000 BezieherInnen wobei viele der Antragsberechtigten aus Scham und wegen der Bürokratie keinen Antrag stellen.

Nirgends in Europa sind die Renten so niedrig berechnet wie in Deutschland. Der Sozialverband VdK startete am 6. Mai 2019 seine Kampagne „Rente für alle“. Darin wird gefordert, dass sich alle, auch Selbstständige und Beamte, am Rentensystem beteiligen und hohe Einkommen stärker besteuert werden.

Die Debatte um eine Grundrente ist eine Scheindebatte. Die geplante Aufstockung einer Niedrigrente wäre in etwa so hoch wie die Grundsicherung im Alter.

Das Sicherungs- und Steuersystem verfestigt Reichtum und Armut. Ein Beispiel dafür ist die Besteuerung von Renten und die Steuerfreiheit für Vermögen. Bis 1997 gab es eine Vermögenssteuer, seit der Abschaffung fehlen dadurch bis zu 20 Milliarden Steuern jährlich. Der Handel mit Wertpapieren ist ebenfalls steuerfrei obwohl damit hohe Einkommen erzielt werden.

Für gute Renten braucht es gute Arbeit. Tariflich bezahlte Beschäftigung statt Leiharbeit und Werkverträgen. Die Renten müssen angehoben werden und steuerfrei sein.

Neue SchülerInnenbewegung: „Es gibt keinen Plan(eten) B“

Seit Monaten demonstrieren tausende SchülerInnen und StudentInnen für Umwelt- und Klimaschutz. Mit ihren Protesten Friday for Future (Freitag für eine Zukunft) werden nachhaltige und schnelle Maßnahmen gegen den Klimawandel und eine konsequente Umweltpolitik gefordert.
Ausgehend von der UN-Rede der 16jährigen Schwedin Greta Thunberg gründeten sich in vielen Städten und Länder Protestgruppen von überwiegend SchülerInnen und es reihen sich immer mehr StudentInnen und Erwachsene ein.

Nun werden bundesweit konkrete Forderungen genannt: Die Stilllegung von 25 Prozent aller Kohlekraftwerke noch in diesem Jahr und der komplette Umstieg auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2035 sind zwei der Punkte. Ein anderer ist eine Steuer auf Kohlendioxid, und zwar in einer Höhe von 180 Euro auf jede ausgestoßene Tonne. Das ist in etwa der Preis für die entstehende Schäden. Die Nürnberger SchülerInnen fordern vor allem von der Kommunalpolitik, den ÖPNV bezahlbar zu machen und mehr Radwege zu bauen. Dies unterstützt die LINKE LISTE.

Die Umwelt- und Klimapolitik in Nürnberg ist wirklich unzureichend. Die LINKE LISTE fordert das Nürnberger Umweltreferat auf, den beschlossenen Klimafahrplan ernsthafter anzugehen. Dieser sieht die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und die Reduzierung des Autoverkehrs. Dazu fordert die LINKE LISTE seit acht Jahren die Einführung des Wiener Modells – also ein Jahresticket für 365 Euro. Dies wollen erfreulicherweise nun alle Stadtratsfraktionen,

der Unterschied liegt jedoch im Wie und Wann. Nun soll ab dem neuen Schuljahr im September das Wiener Modell für SchülerInnen und Auszubildende gelten. Für Letztere wäre es ein Gewinn, für SchülerInnen hingegen wurden, mit Unterstützung der LINKE LISTE, die Tickets bereits vor drei Jahren auf 25/35 Euro vergünstigt. Markus Söders Versprechen, nach 2030 in Bayern das Wiener Modell einzuführen ist Augenwischerei!

Wir fordern das 365 Euro-Ticket für alle NutzerInnen – und zwar sofort! Langfristiges Ziel der LINKEN LISTE ist ein Nulltarif im VGN.

Rund ums Rathaus

Zweckentfremdungssatzung endlich beschlossen

Zukünftig ist die dauerhafte Vermietung von Privatwohnungen an Feriengäste nur begrenzt erlaubt. Allein auf dem Online-Portal Airbnb werden 1.800 Unterkünfte angeboten, davon über 600 Wohnungen ganzjährig und als komplette Wohnung (2017). Diese Zweckentfremdung von Mietwohnungen durch gewerbsmäßige Vermietung an Feriengäste entzieht dem Wohnungsmarkt Wohnungen, die dringend gebraucht werden.
Die LINKE LISTE machte im Stadtrat deutlich, dass die Dunkelziffer von Fremdvermietung und Leerstand von registrierten 2,5 Prozent sicherlich viel höher ist. Die vielen Hinweise aus direkter Nachbarschaft an die LINKE LISTE deuten darauf hin, dass Zweckentfremdung Lärmbelästigung und Unsicherheiten bei ständig wechselnden BewohnerInnen mit sich bringt. Weiterhin beantragte Stadträtin Marion Padua, dass Boarding House (gewerbliche befristete Wohnungsvermietung) ebenfalls beschränkt werden muss. Sollten Sie als NachbarIn betroffen sein, melden Sie sich im Wirtschaftsreferat, Abteilung Wohnen. Für die Kontrolle der Zweckentfremdungssatzung werden fünf neue Stellen geschaffen. Eine Zweckentfremdung liegt dann vor, wenn mehr als die Hälfte einer Wohnung für gewerbliche oder berufliche Zwecke genutzt, wenn eine Wohnung mehr als acht Wochen an Touristen vermietet wird oder wenn sie länger als drei Monate leer steht.

Für einen Helene-Grünberg-Park

Mit einer symbolischen Namensgebung wurde der namenlose Park zwischen Karl-Bröger-Haus und Pillenreuther Straße zum Helene-Grünberg-Park. Die Würdigung der Nürnberger Gewerkschafterin beantragte Stadträtin Marion Padua, die Stadtspitze verweigert bisher die Zustimmung. Deshalb startete die LINKE LISTE eine Postkartenaktion, die an OB Maly gerichtet ist. Bisher sind nur 7 Prozent der Straßen und Plätze in Nürnberg nach Frauen benannt.

Helene Grünberg hat sich vor allem für Arbeiterinnen eingesetzt und war 1919 eine der wenigen Frauen in der Weimarer Nationalversammlung.

Frankenschnellweg umweltverträglich?

Die Umweltverträglichkeitsstudie zum kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs liegt nun vor. Bürgermeister Vogel hat sie wochenlang vorenthalten – mit guten Grund. Die Aussagen in der Studie geben jedem Kritiker Recht: Luftverschlechterung und erhebliche Verkehrszunahme wären die Folge.
Die Verkehrsprognose geht von einem hohen Zuwachs in der Rothenburger Straße, am Frauentorgraben und vor allem im und auf dem Tunnel aus. Für die im Tunnel erzeugte Abgase ist kein Abzug der Gifte geplant.
Ferner warnt die LINKEN LISTE vor das finanzielle Risiko. Von ursprünglich 450 Mio. auf heute 633 Mio. Baukosten sind Unterhalts- und Folgekosten noch nicht mit kalkuliert. Das Projekt ist finanziell eine Nummer zu groß für die Stadt Nürnberg, zumal der Freistaat bisher nur 390 Mio. als Zuschuss zugesagt hat.
„Wir brauchen eine ökologische und soziale Verkehrswende, die allen VerkehrsteilnehmerInnen wie auch den AnwohnerInnen zugute kommt“, so Stadträtin Marion Padua. Dazu muss die alte Planung aus dem letzten Jahrhundert zum Ausbau des Frankenschnellwegs mit Tunnels verzichtet werden.

Gebührensatzung für anerkannte Flüchtlinge durchgesetzt!

Anerkannte Flüchtlinge dürfen eine eigene Wohnung beziehen, finden aber meistens keine. Deshalb müssen sie in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben. Dafür wurde durch das Sozialamt völlig überzogene Mieten in Rechnung gestellt. Private Immobilienbesitzer hatten 2015 schamlos die (Wohnungs-)Not von Flüchtlingen ausgenutzt und mit der Stadt Nürnberg dubiose Mietverträge für Asylunterkünfte abgeschlossen. Unabhängig von Größe und Qualität der Unterkunft betrug der Mietzins ca. 30 Euro pro Kopf und Nacht. Diese völlig überzogenen Mieten wurden auf die arbeitenden Flüchtlinge umverlegt.
Stadträtin Marion Padua, LINKE LISTE, hat in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat bereits 2018 einen Stadtratsantrag gestellt, in dem die Einführung einer Gebührensatzung gefordert wurde. Denn: Ohne Satzung dürfe die Stadt überhaupt keine Gebühren verlangen. Nun hat der Stadtrat endlich die Einführung einer Gebührensatzung beschlossen und kam damit dem Antrag der LINKEN LISTE weitgehend nach.

DLL_Stadtratnews_190604_AK1.indd 3-4
05.06.19 21:08